

Haushalt der BA für 1986

Der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit (BA) hat am 7. 11. 1985 in Nürnberg den Haushalt für 1986 in Höhe von 34,1 Milliarden DM (Ansatz 1985: 32,9 Milliarden DM) festgestellt. Der Etat enthält einen Finanzierungsfehlbetrag von 2,7 Milliarden DM, der aus der Rücklage gedeckt wird. Die Bundesregierung muß den Haushalt noch genehmigen.

Der vom Verwaltungsrat der Bundesanstalt festgestellte Haushalt berücksichtigt bereits die voraussehbaren Auswirkungen der 7. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz, die sich zur Zeit in der parlamentarischen Beratung befindet. Insbesondere ist der Zielvorstellung verstärkter beruflicher Qualifizierung Rechnung getragen.

Dem Haushalt liegen 850 000 Empfänger von Arbeitslosengeld (Ansatz 1985: 860 000), 200 000 Kurzarbeiter (400 000), 130 000 Empfänger von Unterhaltsgeld (118 000) und 100 000 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (80 000) zugrunde. Zuschüsse zum Vorruhestandsgeld sind für 60 000 Empfänger (80 000) vorgesehen.

Der Haushalt basiert auf der Annahme der Bundesregierung, daß das Bruttosozialprodukt im nächsten Jahr real um 3 Prozent (Ansatz 1984: 2,5 Prozent) steigt und das Bruttoentgelt je beschäftigten Arbeitnehmer um 3,7 Prozent (3,7 Prozent) zunehmen wird. Die Zahl der Beitragszahler ist auf 20,5 Millionen (20,32 Millionen) geschätzt worden.

Wegen der anhaltend hohen Arbeitsbelastung sowie zusätzlicher Aufgaben sind in den Haushalt 2799 neue Planstellen eingestellt worden. 1799 Stellen, die ursprünglich am 31. 5. 1986 wegfallen sollten, bleiben jetzt bis 31. 5. 1991 erhalten. 425 der zusätzlichen Stellen sind davon abhängig, ob und in welchem Umfang die Arbeitsämter mit der Auszahlung des neuen Erziehungsgeldes beauftragt werden.

Nach: Presseinformation der BA 64/85 vom 7. 11. 85

